

Jahresbericht

—

2025



**POUVOIR JUDICIAIRE
GERICHTSBEHÖRDEN**

ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Friedensgericht des Sensebezirks FGSEN

Inhaltsverzeichnis

1.1	Allgemeiner Teil.....	4
1.1.1	Zusammensetzung und Räumlichkeiten	4
1.1.2	Gerichtstätigkeit (gesamte Arbeitslast, Verhältnis zu den Behörden und den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten usw.)	5
1.1.3	Weiterbildung.....	5
1.1.4	Verschiedenes und Schlussbemerkungen (Vorschläge Gesetzesänderungen, Informatik usw.)...	5
1.2	Statistischer Teil.....	6
1.2.1	Allgemeine Statistik	6
1.2.2	Erwachsenenschutz	6
1.2.3	Nachlass	7
1.2.4	Kindesschutz	8
1.2.5	Unzuständigkeit	10
1.2.6	Nichteintreten und Verfahrenseinstellung, mit oder ohne Entscheid.....	10
1.2.7	Fürsorgerische Unterbringung.....	10
1.2.8	Gerichtliches Verbot	11
1.2.9	Unentgeltliche Rechtspflege.....	11

Einleitung

An den Justizrat

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Mitglieder des Justizrates

Wir freuen uns, Ihnen hiernach den Tätigkeitsbericht 2025 des Friedensgerichts des Sensebezirks zu unterbreiten und bestätigen die Richtigkeit der in diesem Bericht dargestellten statistischen Zahlen.

Tafers, 21. Januar 2026

Seraina Rohner Stulz
Friedensrichterin

Martina Gerber
Friedensrichterin

Yannick Riedo
Chefgerichtsschreiber

Tätigkeitsbericht 2025 des Friedensgerichts Sense

1.1 Allgemeiner Teil

1.1.1 Zusammensetzung und Räumlichkeiten

1.1.1.1 Organisation und Zusammensetzung des Friedensgerichts

Organisation und Zusammensetzung am 31.12.2025

- > Martina Gerber, Seraina Rohner Stulz, Friedensrichterinnen
- > Claudine Lerb-Vonlanthen, Wanda Suter, Ersatzrichterinnen
- > Tamara Aebischer, Brigitte Gauch, Therese Imstepf (bis 31.12.2025), Marie-Therese Piller, Ivo Riedo, Ruth Schärli, Michel Seewer, Gaston Waeber, Beisitzende

Therese Imstepf vollendete ihr 70. Altersjahr und beendete per Ende 2025 ihren jahrelangen und sehr geschätzten Einsatz am Friedensgericht. Als Nachfolgerin wurde per 1. Januar 2026 Katja Lüthi gewählt.

1.1.1.2 Ressourcen Magistratspersonen

Berufsrichter/innen - Vollzeitäquivalente VZÄ am 31.12.

Name/Vorname	Funktion	2023	2024	2025
Gerber Martina	Friedensrichterin	0.9	0.9	0.9
Rohner Stulz Seraina	Friedensrichterin	0.6	0.6	0.6
Total VZÄ am 31.12.		1.5	1.5	1.5

1.1.1.3 Ressourcen Gerichtsschreiberei und des Sekretariats

Vollzeitäquivalente VZÄ am 31.12.	2023	2024	2025
Total VZÄ Gerichtsschreiber/innen (Festanstellung)	2.6	2.6	2.6
Total VZÄ Juristische Praktikantinnen/Praktikanten	1.0	1.0	1.0
Total VZÄ Verwaltungsmitarbeitende (Festanstellung)	1.3	1.3	1.3
Total VZÄ Auszubildende Verwaltungsmitarbeitende	0	0	0
Total	4.9	4.9	4.9

Die Gerichtsschreiberei besteht grundsätzlich aus drei Gerichtsschreiberinnen (Gabriela Doleschal, Claudine Graven, Denise Martig) und einem Chef-Gerichtsschreiber (Yannick Riedo), die jeweils Teilzeit arbeiten. In Folge Aufhebung des Arbeitsvertrages von Denise Martig kam es in der Gerichtsschreiberei zu einem Stellenwechsel. An ihrer Stelle konnte Petra Pürro lückenlos angestellt werden.

Das Friedensgericht beschäftigt neben den Gerichtsschreibern auch jeweils einen Gerichtsschreiberpraktikanten zu einem 100%-Pensum für die Dauer von sechs Monaten. Die Stelle konnte trotz grossem Suchaufwand nur von März bis August besetzt werden, seither konnte kein Praktikant mehr gefunden werden.

Das Gerichtsssekretariat wird geführt von zwei langjährigen Mitarbeiterinnen, Rosemarie Kröpfl und Susanne Schmutz, welche beide im Teilzeitpensum arbeiten.

1.1.1.4 Räumlichkeiten

Das Friedensgericht befindet sich seit 2008 im Amtshaus Tafers. Es führt seine Verhandlungen u. a. im Gerichtssaal des Amtshauses, den sich das Bezirksgericht, die Schlichtungsbehörde Miete und Pacht sowie das Friedensgericht teilen.

Seit Anfang 2022 hat das Friedensgericht zusätzliche Räumlichkeiten im 2. OG (Büros, Sitzungszimmer, Pausenraum, Sanitäranlagen). Die Platzverhältnisse sind derzeit ausreichend.

1.1.2 Gerichtstätigkeit (gesamte Arbeitslast, Verhältnis zu den Behörden und den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten usw.)

Das Friedensgericht besteht aus einem motivierten Team, das sich aushilft, wo nötig. Wie alle Friedensgerichte des Kantons gelangt auch das Friedensgericht Sense aufgrund der hohen Arbeitsbelastung an seine Grenzen. Das Jahr 2025 hat das Team des Friedensgerichts erneut gefordert. Die Arbeitslast blieb wie im Vorjahr unverändert hoch. Dringende Angelegenheiten und das Tagesgeschäft bestimmten weitgehend die Prioritäten, so dass wenig bis kein Raum blieb für andere Angelegenheiten. Zu erwähnen ist zudem, dass die Angelegenheiten mit fremdsprachigen Personen (insbesondere Französisch) sowie Anwaltsvertretungen in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben, was zu einem erheblichen Mehraufwand führt.

Das Friedensgericht nimmt den Personalmangel im Jugendamt vermehrt wahr, so dass etwa die Friedensrichterinnen teils Klärungsgespräche durchführten, was eigentlich in den Zuständigkeitsbereich der Beistände des Jugendamts fallen würde. Auch wurden zahlreiche Jahresberichte nicht eingereicht, was auch in der Statistik des Friedensgerichts stark auffällt.

Das Friedensgericht unterhält ein gutes Verhältnis zu allen Behörden (Berufsbeistandschaften, Kliniken des FNPG, Jugendamt, Sozialdiensten etc.) sowie zu den Rechtsanwälten und Notaren. Die ausgezeichnete Zusammenarbeit insbesondere mit den drei Berufsbeistandschaften des Sensebezirks erleichtert die Arbeit des Friedensgerichts wesentlich und trägt massgeblich zur Entlastung bei.

Ein besonderer Dank richtet sich an das ganze Team des Friedensgerichts für seinen unermüdlichen Einsatz und der Aufrechterhaltung der guten Stimmung auch in schwierigen Zeiten.

1.1.3 Weiterbildung

Die Friedensrichterinnen sowie alle Gerichtsschreiber konnten mindestens eine Weiterbildung besuchen.

1.1.4 Verschiedenes und Schlussbemerkungen (Vorschläge Gesetzesänderungen, Informatik usw.)

Friedensrichterin Rohner Stulz leistete erneut übermässig viele Überstunden, die nicht durch Freizeit kompensiert werden konnten. Eine Erhöhung der Stellenprozentage der Friedensrichterinnen müsste nach wie vor ins Auge gefasst werden. Leider wurden dem Friedensgericht des Sensebezirks im Vergleich zu den meisten anderen Friedensgerichten des Kantons keine zusätzlichen Stellenprozentage zugesprochen. Es ist davon auszugehen, dass sich dies auch in den nächsten Jahren nicht ändern wird und weiterhin viele Überstunden zu leisten sein werden, um die grosse Arbeitslast bewältigen zu können.

1.2 Statistischer Teil

1.2.1 Allgemeine Statistik

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12.)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2023	719	937	893	902	2038
2024	750	1069	1013	968	2106
2025	822	993	899	1064	1944

Verfahrenssprache erledigte Dossiers	2023	2024	2025
Französisch	0	0	0
Deutsch	893	1013	899

1.2.2 Erwachsenenschutz

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12.)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2023	527	246	227	618	922
2024	546	262	234	650	1021
2025	584	257	215	691	1004

Erwachsenenschutzmassnahmen	2023	2024	2025
1. Die eigene Vorsorge und Massnahmen von Gesetzes wegen (Der Vorsorgeauftrag, Die Patientenverfügung, Vertretung und Aufenthalt in Wohn- oder Pflegeeinrichtungen) (Art. 363 Abs. 2, 364, 366, 368, 373, 374 Abs. 3, 376, 381 Abs. 2 und 3 und Art. 385 ZGB)	6	9	6
2. Befugnis zur Öffnung der Post oder zum Betreten der Wohnräume (Art. 391 Abs. 3 ZGB)	17	25	21
3. Massnahmen ohne Errichtung einer Beistandschaft: das Erforderliche vorkehren, insb. Zustimmung zu Rechtsgeschäft, Auftrag an Drittperson und Person/ Stelle mit Einblick und Auskunft (Art. 392 ZGB)	10	11	11
4. Begleitbeistandsschaften (Art. 393 ZGB)	12	17	17
5. Vertretungsbeistandsschaften ohne Einschränkung der Handlungsfähigkeit (Art. 394 Abs. 1 ZGB)	77	76	87
6. Vertretungsbeistandsschaften mit Einschränkung der Handlungsfähigkeit (Art. 394 Abs. 1 und 2 ZGB)	5	4	4
7. Vertretungsbeistandsschaften mit Vermögensverwaltung (Art. 395 Abs. 1 ZGB)	0	0	0
8. Vertretungsbeistandsschaften mit Vermögensverwaltung, Entziehung Zugriff auf einzelne oder alle Vermögenswerte/Einkommensquellen oder Entziehung der Verfügung über Grundstück (Art. 395 Abs. 1, 3 und 4 ZGB)	78	75	75
9. Mitwirkungsbeistandsschaften (Art. 396 ZGB)	4	0	1
10. Umfassende Beistandsschaften (Art. 398 ZGB)	0	0	2

Erwachsenenschutzmassnahmen	2023	2024	2025
11. Ernennung, Entlassung und Entlastung der Beiständin/des Beistandes (Art. 400, 403 Abs. 1, 422, 423 und 425 Abs. 4 ZGB)	155	315	228
12. Festlegung der Entschädigung der Beiständin/des Beistandes (Art. 404 ZGB)	486	505	490
13. Eingangsinventare (Art. 405 ZGB)	57	69	71
14. Entscheide betreffend die Verwaltung der Vermögenswerte (Art. 408 ZGB = VBVV)	0	0	0
15. Genehmigung der Rechnung und/oder der Berichte (Art. 415 und 425 ZGB)	622	634	629
16. Geschäfte, die die Zustimmung der Erwachsenenschutzbehörde erfordern (Art. 416 und 417 ZGB)	16	17	15
17. Gesuch betreffend die Übertragung oder die Zustimmung zur Übernahme (Art. 442 ZGB)	6	11	9
18. vorsorgliche und superprovisorische Massnahmen (Art. 445 ZGB)	1	5	5
19. Ermittlungsmassnahmen: Abklärungen/Gutachten einer sachverständigen Person und Begutachtungen in einer Einrichtung (Art. 446 Abs. 2 und 449 ZGB)	16	16	13
20. Zwangsmassnahmen unter Beizug der Polizei (Art. 21 Abs. 1 und Art. 18 Abs. 2 KESG, Art. 4 Abs. 2 PolG)	0	0	0
21. verschiedene Zeugnisse unter anderem Handlungsfähigkeitszeugnis	56	48	63
22. Verzicht auf Errichtung einer Schutzmassnahme (Abgeschriebenes Verfahren)	50	59	59

1.2.3 Nachlass

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12.)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2023	11	345	338	34	768
2024	15	387	381	44	753
2025	20	351	348	53	627

Friedensrichter/-in	2023	2024	2025
1. Siegelungen (Art. 24 EGZGB)	0	0	0
2. Entgegennahme eines mündlichen Testaments (Art. 507 ZGB, 14 Abs. 2 Bst. a EGZGB)	0	0	0
3. Sicherstellung bei Verschollenheit (Art. 546 ZGB, 14 Abs. 2 Bst. b EGZGB)	0	0	0
4. Inventare bei Abwesenheit und als Sicherungs-massregel (Art. 546 ff. ZGB, 23 EGZGB und 551 ff. ZGB, 24 EGZGB)	1	0	1
5. Erbschaftsverwaltung (Art. 548, 554 und 556 Abs. 3 ZGB, 14 Abs. 1 EGZGB – allgemeine Klausel)	0	6	3
6. Anspruchsentscheide im Verfahren der Inventaraufnahme (Art. 490, 551 ff., 568 ZGB, 25 EGZGB)	0	0	0
7. provisorische Besitzeinweisung (Art. 556 Abs. 3 ZGB, 14 EGZGB – allgemeine Klausel)	0	0	0
8. Testamentseröffnungen (Art. 557 ZGB, 18 EGZGB)	83	79	95
9. Genehmigung von Erbbescheinigungen (Art. 559, 14 Abs. 1 EGZGB - allgemeine Klausel)	225	232	237

Friedensrichter/-in	2023	2024	2025
10. Ausschlagung einer Erbschaft (Art. 566 ZGB, 14 Abs. 1 EGZGB – allgemeine Klausel)	130	100	137
11. Öffentliches Inventar (Art. 581 ff. ZGB)	2	0	0
12. Verwaltung der Erbschaftssachen (Art. 581 und 585 ZGB, 28 EGZGB)	0	0	0
13. Bezeichnung eines Vertreters der Erbengemeinschaft (Art. 602 Abs. 3 ZGB, 14 Abs. 1 EGZGB – allgemeine Klausel)	0	1	0
14. Verschiebung der Teilung und vorsorgliche Massregeln für zahlungsunfähige Erbinnen/Erben (Art. 604 Abs. 2 und 3 ZGB, 14 Abs. 2 Bst. c EGZGB)	0	0	0
15. Aufnahme eines Steuerinventars (DBG, DStG)	41	45	39
16. Verzicht auf die Aufnahme eines Steuerinventars (DBG, DStG)	272	309	281

1.2.4 Kindesschutz

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12.)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2023	160	230	220	221	285
2024	166	270	260	233	272
2025	188	259	213	279	256

Kindesschutzmassnahmen	2023	2024	2025
1. Entscheide betreffend die gemeinsame elterliche Sorge (Art. 52fbis Abs. 3 AHVV, Art. 134 Abs. 3, 296 Abs. 3, 297 Abs. 2, 298a, 298b Abs. 2, 3 und 4, 298d Abs. 1 et 2, 311 Abs. 1 lit. 1 und 2 und 312 lit. 1 und 2 ZGB)	97	85	66
2. Entscheide betreffend des Aufenthaltsbestimmungsrechts (Art. 134 Abs. 3, 301 a Abs. 2 und 5, 310 Abs. 1, 2 und 3 ZGB)	3	6	6
3. Persönlicher Verkehr (Art. 134 Abs. 4, 273 Abs. 2 und 3 und 275 Abs. 1 ZGB)	11	13	10
4. Festlegung des persönlichen Verkehrs mit Dritten (Art. 274a ZGB)	2	1	0
5. Unterhaltsverträge (Art. 287 ZGB)	9	2	2
6. Vormundschaft bei Kind ohne elterliche Sorge (Art. 297 Abs. 2, 298 Abs. 3, 298b Abs. 4 und 327a ZGB)	0	1	1
7. Vertretungsbeistandschaft (Art. 306 Abs. 2 ZGB)	9	10	4
8. nötige Massnahmen (Art. 307 Abs. 1 ZGB)	4	10	3
9. Weisung oder Ermahnung (Art. 307 Abs. 3 ZGB)	6	23	35
10. Erziehungsaufsicht: Person/Stelle mit Einblick und Auskunft (Art. 307 Abs. 3 ZGB)	0	4	0
11. Erziehungsbeistandschaft: Beratung (Art. 308 Abs. 1 ZGB)	34	32	15
12. Beistandschaft mit besonderen Befugnissen - Feststellung Vaterschaft (Art. 308 Abs. 2 ZGB)	0	6	1
13. Beistandschaft mit besonderen Befugnissen - Unterhalt (Art. 308 Abs. 2 ZGB)	0	3	2
14. Beistandschaft mit besonderen Befugnissen - persönlicher Verkehr (Art. 308 Abs. 2 ZGB)	12	14	8

Kindesschutzmassnahmen	2023	2024	2025
15. Beistandschaft mit besonderen Befugnissen insbesondere medizinische Behandlung / Betreuung, Schule, Berufslehre, usw. (Art. 308 Abs. 2 ZGB)	20	24	13
16. Beschränkung der elterlichen Sorge (Art. 308 Abs. 3 ZGB)	2	0	0
17. Mediationsversuch (Art. 314 Abs. 2 ZGB)	0	0	1
18. Abänderung gerichtlicher Anordnungen über die Kindes-zuteilung und den Kindesschutz (Art. 315b Abs. 2 ZGB)	0	0	0
19. Kindesvermögen: Inventar, periodische Rechnungsstellung und Berichterstattung, Bewilligung einer Anzehung, Weisungen für die Verwaltung, Beistandschaft Vermögensverwaltung (Art. 318 Abs. 3, 320 Abs. 2, 324, 325 und 408 ZGB)	4	7	8
20. Ernennung, Wechsel, Entlassung und Entlastung der Beistandin/des Beistandes (Art. 400, 422, 423 und 425 Abs. 4 ZGB)	76	100	68
21. Festlegung der Entschädigung der Beistandin/des Beistandes (Art. 404 ZGB)	0	0	0
22. Genehmigung der Rechnung und der Berichte (Art. 415 und 425 ZGB)	113	117	66
23. Geschäfte, die die Zustimmung der Kindesschutz-0behörde erfordern (Art. 416 und 417 ZGB)	0	5	2
24. Entscheide betreffend die Verwaltung der Vermögenswerte (Art. 408 ZGB = VBVV)	0	0	0
25. Fürsorgerische Unterbringung - Unterbringung durch KESB (Art. 426 Abs. 1, 428 Abs. 1 ZGB), Fürsorgerische Unterbringung im Notfall (Ärztin/Arzt) (Art. 18 KESG), Fürsorgerische Unterbringung - Zurückbehaltung freiwillig Eingetretener (Art. 427 Abs. 2 ZGB), Fürsorgerische Unterbringung - Verlängerung ärztliche Unterbringung (Art. 429 Abs. 2 ZGB), Fürsorgerische Unterbringung – periodische Überprüfung (Art. 431 Abs. 1 ZGB), Nachbetreuung beim Austritt aus einer Einrichtung (Art. 437 Abs. 1 ZGB /Art. 26 KESG), ambulante Massnahmen (Art. 437 Abs. 2 ZGB /Art. 26 KESG), Anrufung des Gerichts (Art. 439 Abs. 2 ZGB), Begutachtung in einer Einrichtung (Art. 449 ZGB)	0	1	1
26. Zwangsmassnahmen unter Beizug der Polizei (Art. 21 Abs. 1 und Art. 18 Abs. 2 KESG, Art. 4 Abs. 2 PolG)	0	0	0
27. Übertragung oder die Zustimmung zur Übernahme (Art. 442 ZGB)	2	4	5
28. Vorsorgliche Massnahmen (Art. 445 ZGB)	16	4	3
29. Ermittlungsmassnahmen: Abklärungen/Gutachten einer Sachverständigen Person und Begutachtungen in einer Einrichtung (Art. 446 Abs. 2 und 449 ZGB)	78	62	71
30. verschiedene Zeugnisse unter anderem Zeugnis über die elterliche Sorge	4	4	2
31. Verzicht auf Errichtung einer Schutzmassnahme (Abgeschriebenes Verfahren)	31	69	75

1.2.5 Unzuständigkeit

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2023	0	8	8	0	8
2024	0	4	3	1	3
2025	1	8	8	1	0

1.2.6 Nichteintreten und Verfahrenseinstellung, mit oder ohne Entscheid

	2023	2024	2025
Unzuständigkeit (Art. 59 ZPO)	10	12	11
Abgeschriebenes Verfahren, Unterbrechung des Verfahrens und Gegenstandslosigkeit	2	1	2

1.2.7 Fürsorgerische Unterbringung

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2023	2	79	74	4	16
2024	3	120	110	14	23
2025	3	95	102	5	32

	2023	2024	2025
1. Fürsorgerische Unterbringung - Unterbringung durch KESB (Art. 426 Abs. 1/428 Abs. 1 ZGB)	4	5	6
2. Fürsorgerische Unterbringung - Entlassung durch KESB (Art. 426 Abs. 3/428 Abs. 1 ZGB)	0	1	1
3. Fürsorgerische Unterbringung - Verlängerung ärztliche Unterbringung (Art. 429 Abs. 2 ZGB)	5	7	11
4. Fürsorgerische Unterbringung - periodische Überprüfung nach 6, 12, 36 usw. Monate nach Unterbringung (Art. 431 Abs. 1 ZGB)	2	0	0
5. Nachbetreuung beim Austritt aus einer Einrichtung (Art. 437 Abs. 1 ZGB /Art. 26 KESG)	0	0	0
6. Anrufung des Gerichts (Art. 439 Abs. 2 ZGB)	0	1	1
7. Abklärungen/Gutachten einer sachverständigen Person (Art. 446 Abs. 2 ZGB)	0	1	2
8. Begutachtung in einer Einrichtung (Art. 449 ZGB)	1	1	1
9. Zwangsmassnahmen unter Beizug der Polizei (Art. 21 Abs. 1 und Art. 18 Abs. 2 KESG, Art. 4 Abs. 2 PoIG)	0	0	0
10. Fürsorgerische Unterbringung im Notfall (Ärztin/Arzt) (Art. 18 KESG)	68	108	78

1.2.8 Gerichtliches Verbot

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2023	0	7	9	1	7
2024	0	13	15	0	14
2025	0	10	8	0	9

Friedensrichter/-in	2023	2024	2025
Gerichtliches Verbot Entscheid (Art. 65 EGZGB)	5	13	7
Einspracheentscheid (Art 65 EGZGB)	1	0	1

1.2.9 Unentgeltliche Rechtspflege

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2023	18	22	17	24	32
2024	19	13	10	26	21
2025	25	13	5	35	16

	2023	2024	2025
Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege (Art. 117 ZPO und 123 JG)	14	11	9
Verweigerung der unentgeltlichen Rechtspflege (Art. 117 ZPO und 123 JG)	0	0	2
Festlegung der Kostenliste (Art. 57 JR)	10	11	5